

Kristina Schröder: "Wir wollen faire Chancen für alle Kinder und Jugendlichen"

Kabinett beschließt 14. Kinder- und Jugendbericht

Die **Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder**, hat heute (Mittwoch) den 14. Kinder- und Jugendbericht und die Stellungnahme der Bundesregierung ins Bundeskabinett eingebracht. Der Bericht wurde von einer unabhängigen Sachverständigenkommission aus Wissenschaft und Praxis unter Leitung von **Prof. Dr. Reinhard Wabnitz** erarbeitet. In dem Bericht werden die Lebenssituationen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland analysiert und Vorschläge zur Gestaltung der Kinder- und Jugendpolitik sowie zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe gemacht.

"Wir wollen jedem Mädchen und jedem Jungen faire Chancen verschaffen. Junge Menschen sollen deshalb in jeder Lebensphase angemessen gefördert werden", sagte **Kristina Schröder**. "Dazu brauchen wir gute Bildung für alle Kinder sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Familie ist der wichtigste Ort für Erziehung, Bildung und frühe Förderung. Aufgabe der Politik ist es, Familien mit öffentlichen Angeboten und Leistungen dabei zu unterstützen, Zeit für Verantwortung und Fürsorge zu finden, öffentliche Bildungsangebote bereit zu stellen und die Betreuung von Kindern zu ermöglichen."

Ausgewählte Ergebnisse der Sachverständigenkommission sind:

- Private und öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen müssen Hand in Hand gehen. Die Familie ist der erste Ort für frühe Bildung und Erziehung. Aufgabe des Staats ist es, positive Rahmenbedingungen für Familien und Eltern zu schaffen.
- Bildung ist der Schlüssel für faire Chancen von Kindern und Jugendlichen. Frühkindliche Bildung ist entscheidend für einen guten Start in einen erfolgreichen Bildungsweg. Und: Bildung ist mehr als Schulwissen, sie umfasst ebenso soziale Fähigkeiten und lebensnahe Alltagskompetenzen.
- Eine zeitgemäße Kinder- und Jugendnetzpolitik soll Eltern dabei unterstützen, Kinder und Jugendliche zu mündigen Nutzern der Neuen Medien zu machen.
- Eine eigenständige Politik für das Jugendalter soll dazu führen, dass die Investitionen in (früh-)kindliche Bildung nachhaltig gesichert werden. Die Kommission begrüßt deshalb die Initiative von **Bundesfamilienministerin Schröder** zur Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik.

Der 14. Kinder- und Jugendbericht bestätigt im Wesentlichen die Kinder- und Jugendpolitik der Bundesregierung, die in den letzten Jahren die Rahmenbedingungen für das Aufwachsen in Deutschland unter anderem mit folgenden Maßnahmen verbessert hat:

- Um Eltern in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken, hat das Bundesfamilienministerium das Programm "Elternbegleiter" gestartet, das die Bildungskompetenz von Familien stärken soll.
- Mit den "Frühen Hilfen" werden Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern in schwierigen Lebenslagen von Anfang an unterstützt - etwa durch den Einsatz von Familienhebammen.

- Der Bund hilft beim Ausbau der Kinderbetreuung mit insgesamt 5,4 Milliarden Euro und investiert in die Qualität frühkindlicher Bildung, beispielsweise im Rahmen der "Offensive Frühe Chancen", die der Sprachförderung von Kindern in Kitas dient.
- Bei Bildung im weiteren Sinne geht es um mehr als schulisches Wissen, nämlich auch um die Vermittlung sozialer Fähigkeiten - die beispielsweise in den Jugendfreiwilligendiensten und im neuen, erfolgreich gestarteten Bundesfreiwilligendienst erlernt werden können.
- Mit dem Dialog Internet und der Initiative "Ein Netz für Kinder" setzt sich das Bundesfamilienministerium dafür ein, dass Kinder und Jugendliche die Vorteile und Chancen der digitalen Welt nutzen können und vor den Risiken geschützt werden.
- Mit der Initiative zur Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik und dem geplanten "Aufbau einer Allianz für Jugend" will **Bundesfamilienministerin Schröder** eine neue eigenständige Politik für das Jugendalter vorantreiben. In der Allianz sollen neben Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien auch Jugendliche selbst vertreten sein.

Die Bundesregierung legt dem Bundestag und dem Bundesrat in jeder Legislaturperiode einen Bericht über die Lebenssituation junger Menschen vor. Neben Bestandsaufnahme und Analyse enthalten die Berichte Vorschläge zur Verbesserung der Situation von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien. Unter dem Motto "Kinder- und Jugendhilfe in neuer Verantwortung" beschreibt die Kommission im 14. Kinder und Jugendbericht Eckpunkte, wie Eltern in zunehmendem Maß durch öffentliche Angebote bei der Förderung, Bildung, Erziehung und Betreuung ihrer Kinder unterstützt werden können.